



„Eskalation der Sprache halte ich für die falsche Antwort.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die scharfe Rhetorik in der Nordkorea-Krise kritisiert



„Militärische Lösungen sind nun voll einsatzfähig, wir stehen Gewehr bei Fuß, sollte Nordkorea unklug handeln.“

US-Präsident Donald Trump

„Krise militärisch nicht lösbar“

PJÖNGJANG/MELBOURNE (APA/dpa). Trotz der eskalierenden Kriegsrhetorik zwischen Nordkorea und den USA hält es die Politikwissenschaftlerin Jiyoung Song von der australischen University of Melbourne für unwahrscheinlich, dass Pjöngjang eine Rakete in Richtung der US-Pazifikinsel Guam abfeuern wird.



Jiyoung Song

„Kim (Jong-un) weiß, dass (...) die USA Vergeltung üben werden. Und das würde das Ende für Nordkorea bedeuten und die Vernichtung der nordkoreanischen Bevölkerung“, sagte die Expertin in einem Interview der Nachrichtenagentur dpa. „Kim weiß, dass das Abfeuern von Raketen Richtung Guam zu einem neuen Koreakrieg führen würde, vielleicht sogar zu einem Dritten Weltkrieg“, so Song weiter.

Song hält die derzeitige Situation für einen „Spiegel des Koreakrieges“ von 1950 bis 1953, der mit einem Waffenstillstandsabkommen endete, nicht mit ei-

nem Friedensvertrag. Unterzeichnet wurde das Abkommen damals von China einerseits und den USA als Vertreter der Streitkräfte der Vereinten Nationen andererseits. „Aus der nordkoreanischen Perspektive hat der Krieg nie geendet“, erklärt Song. Das habe zu jahrzehntelangen Konflikten und der Isolation geführt. Die Führung in Pjöngjang kämpfe um ihr Überleben. „Sie sehen den Besitz von Atomwaffen als die einzige Überlebenschance.“



Die USA demonstrieren Stärke: Vor der Pazifikinsel Guam laufen die Vorbereitungen für den Ernstfall.

APA/afp/BYRON C. LINDER

US-Waffen sind „geladen“

KONFLIKT: Trump droht Nordkorea direkt mit militärischem Vorgehen – Verteidigungsminister beruhigt

WASHINGTON/MOSKAU (APA/AFP/dpa/Reuters). Im eskalierenden Streit zwischen den USA und Nordkorea hat US-Präsident Donald Trump direkt mit einem militärischen Vorgehen gedroht.

„Die militärischen Lösungen sind nun vollständig vorbereitet, geladen und entsichert, sollte Nordkorea sich unklug verhalten“, schrieb Trump am Freitag im Kurzbotschaftendienst Twitter. US-Verteidigungsminister James Mattis war indes um Entspannung bemüht.

Washington und Pjöngjang hatten die gegenseitigen Drohungen zuletzt immer weiter verschärft. Trump hatte am Dienstag zunächst gedroht, die USA würden „mit Feuer und Zorn“ auf weitere Provokationen reagieren. Nordkorea drohte daraufhin mit einem Angriff nahe der US-Pazifikinsel Guam.

Trump legte am Donnerstag

nach und erklärte, seine Botschaft sei „vielleicht nicht hart genug“ gewesen. „Nordkorea sollte sich lieber zusammenreißen, sonst wird es Ärger kriegen wie nur wenige Staaten zuvor.“ Nordkorea sollte „sehr, sehr nervös“ sein. Am Freitag dann erklärte er die „militärische Lösung“ für „vollständig vorbereitet“. Mit Blick auf den nordkoreanischen Machthaber fügte er hinzu: „Hoffentlich findet Kim Jong-un einen anderen Weg.“

US-Verteidigungsminister Mattis bezeichnete einen Krieg mit Nordkorea dagegen am Donnerstag als „katastrophal“. Er setze weiter auf Diplomatie. „Die Tragödie des Kriegs ist allgemein bekannt, und wir brauchen keine weitere Beschreibung über die Tatsache hinaus, dass dies katastrophal wäre“, sagte Mattis. Es seien bereits „diplomatische Ergebnisse“ zu sehen, und diesen Weg wolle er fortsetzen. Welche Ergebnisse er meinte, ließ Mattis offen.

Am Mittwoch noch hatte Mattis Pjöngjang vor allen „Aktivitäten, die zum Ende des Regimes und zur Vernichtung seines Volkes führen würden“, gewarnt. Am Donnerstag schien er das abschwächen zu wollen und erklärte, seine Aufgabe und Verantwortung sei es, militärische Optionen in Vorbereitung zu haben, „sollten diese gebraucht werden“. Die US-Bemühungen konzentrierten sich aber derzeit auf eine diplomatische Lösung.

Das chinesische Außenministerium erklärte am Freitag, die USA und Nordkorea sollten „vorsichtig“ mit Worten und Taten umgehen. Beide Seiten sollten „die Spannungen abbauen“.

Das Außenministerium in Peking äußerte überdies scharfe Kritik an einem US-Marinemanöver im Südchinesischen Meer. Die Souveränität und Sicherheit der Volksrepublik seien dadurch „ernsthaft“ beeinträchtigt worden, Peking werde offiziell Protest in Washington einlegen. Das

chinesische Verteidigungsministerium erklärte, der US-Einsatz gefährde den „Frieden und die Stabilität in der Region“.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte am Freitag, dass die Rhetorik zwischen Washington und Pjöngjang „übertrieben“ sei. Moskau hoffe, dass sich „gesunder Menschenverstand“ durchsetzen werde.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel warnte im Nordkorea-Konflikt vor einem Einsatz des Militärs. „Ich sehe keine militärische Lösung des Konfliktes“ und eine solche halte sie auch „nicht für geboten“, sagte sie am Freitag in Berlin. „Eskalation der Sprache halte ich für die falsche Antwort“.

© Alle Rechte vorbehalten

Nordkorea-Konflikt – US-Stützpunkte



Dolomiten - Infografik: M. Lemanski

Quelle: Washington Post

EUROPA-SPLITTER

EU im Optimismushoch?

VERTRAUEN: Die neue Eurobarometer-Umfrage sieht positiven Stimmungstrend

Seit den 70er Jahren veröffentlicht die EU Kommission halbjährliche Umfragen namens „Eurobarometer“. Für die jüngste Umfrage wurden im Frühjahr 33.180 Personen in allen EU-Mitgliedstaaten sowie den Kandidatenländern befragt. Die Ergebnisse wurden zu Monatsbeginn veröffentlicht. Sie deuten auf einen positiven Stimmungstrend hin, was die EU selbst aber auch die nationale Lage angeht.

Die Europäerinnen und Europäer, die die Wirtschaftslage ihres Landes optimistisch beurteilen, sind inzwischen fast in der Mehrzahl. Die Unterstützung für den Euro ist so hoch wie seit 2004 nicht mehr. Eine Mehrheit (56 Prozent) äußert sich optimistisch über die Zukunft der EU – ein Anstieg von 6 Prozentpunkten gegenüber dem Herbst 2016. Das Vertrauen in die EU nimmt weiter zu und liegt derzeit bei 42 Prozent (gegenüber 36 Prozent im Herbst 2016 und 32 Prozent im Herbst 2015). 40 Prozent der Europäer haben ein positives Bild von der EU, wobei



In den europäischen Mitgliedsstaaten ist die Begeisterung für die EU seit vergangenem Jahr gestiegen. EPA - Rainer Jensen

sich die Zahl der Befragten mit einem positiven Bild in 24 Mitgliedstaaten erhöht hat.

68 Prozent der Europäer schließlich fühlen sich als Bürgerinnen bzw. Bürger der EU – der höchste je gemessene Wert. Nahezu die Hälfte der Europäerinnen und Europäer hält die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ihres Landes für „gut“. Ihr Anteil hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht (+20 Punkte seit Frühjahr 2013, +26 Punkte seit Frühjahr 2009).

Der Terrorismus steht ganz oben auf der Liste der Herausforderungen, mit denen die EU nach Auffassung der Bürgerinnen und Bürger derzeit konfrontiert wird – er wird in 21 Mitgliedstaaten als der größte Anlass zur Sorge genannt. Im Herbst 2016 war das nur in einem Land der Fall. Die Zuwanderung, die seit Frühjahr 2015 als eine der problematischsten Fragen genannt wurde, wird jetzt am zweithäufigsten genannt. Mit großem Abstand fol-

gen die Themen Wirtschaftslage, öffentliche Finanzen der Mitgliedstaaten und Arbeitslosigkeit.

Auf nationaler Ebene sind die wichtigsten Anliegen weiterhin Arbeitslosigkeit und Zuwanderung, wobei allerdings in beiden Fällen die Nennungen rückläufig sind. Gesundheit und soziale Sicherheit stehen jetzt an dritter Stelle, gefolgt von Terrorismus, der jetzt deutlich häufiger genannt wird. Die wirtschaftliche Lage, die im Herbst 2011 auf nationaler Ebene den meisten Anlass zur Sorge gab, steht jetzt an fünfter Stelle.

Was das Vertrauen in die EU oder die Zukunft der EU angeht, so liegen Österreich wie Italien trotz positiven Trends nach wie vor im unteren Drittel der 28 EU Mitgliedstaaten. Was die Einschätzung betrifft, ob „meine Stimme in der EU zählt“ gibt es eine beträchtliche Diskrepanz: Während in Österreich 54 Prozent der Befragten dieser Aussage zustimmten, waren das in Italien nur 24 Prozent.

4 FRAGEN AN ...

Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Ist wirklich alles bestens, wie die EU-Umfrage glauben macht?

Gabriel N. Toggenburg: Beim Lesen von Statistiken ist es wie mit dem berühmten halb gefüllten Glas. Wenn sich 68 Prozent der Europäer als EU-Bürger fühlen so heißt das auch, dass 32 Prozent dies nicht tun. Und im Übrigen verstecken sich hinter EU-Durchschnittsdaten oft massive Unterschiede zwischen den Staaten. So fühlen sich in Luxemburg fast 90 Prozent der Leute als EU-Bürger. In Österreich sind es 73 Prozent aber in Italien nur 53.

„D“: Liegen Österreich und Italien generell weit auseinander?

Toggenburg: Nein. Nur bei der Einschätzung der jeweiligen nationalen Wirtschaftslage. Ansonsten sind die Ergebnisse diesseits und jenseits des

Brenners durchaus vergleichbar. So bilden die Bürger dieser beiden Länder zusammen mit Großbritannien das Schlusslicht bei der Würdigung des Rechtes überall in der EU zu arbeiten und Geschäfte machen zu können.

„D“: Sie sind trotz der positiven Ergebnisse skeptisch?

Toggenburg: Nein, denn was zählt ist der Trend. Und der ist ja tatsächlich positiv. Doch es handelt sich um eine Momentaufnahme ...

„D“: Die jederzeit kippen kann?

Wir befinden uns in einer Phase zarter wirtschaftlicher Konsolidierung und einem chaotischen außenpolitischen Kontext. Das lässt die EU als wahrnehmbare und verlässliche Größe erscheinen. Und der Brexit mahnt uns, die EU nicht als Selbstverständlichkeit zu betrachten. Doch Unsicherheiten wie die Migrationsfrage bleiben Sollbruchstellen.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.

Video auf **stol.it**
SÜDTIROL ONLINE